

Deutschland schwimmt oder sinkt mit der NATO

Von M. K. Bhadrakumar

17.2.2024

<https://www.indianpunchline.com/germany-swims-or-sinks-with-nato/>

Übersetzung von Andreas Mylaeus

Es könnte keine bessere Metapher geben als die, mit der ein chinesischer Analyst die NATO charakterisierte, als er die jüngste [Bemerkung](#) ihres Generalsekretärs Jens Stoltenberg kommentierte, der Westen strebe keinen Krieg mit Russland an, müsse sich aber dennoch "auf eine Konfrontation vorbereiten, die Jahrzehnte dauern könnte".

Der chinesische Kommentator verglich Stoltenberg mit dem Chef eines Bestattungsunternehmens, "einem Ladenbesitzer von Särgen und Schatullen, der in Friedenszeiten kein Geld verdient. Wie ein Bestattungsunternehmen braucht die NATO Konflikte und Blutvergießen, um Geld zu verdienen. Also verbreitet sie Angst und Panik, um sicherzustellen, dass ihre Mitgliedsländer weiterhin militärische Mittel beisteuern."

Stoltenbergs Bemerkung erschien in einem Interview mit der deutschen Zeitung Welt am Sonntag am 10. Februar, kurz nach dem berühmten Interview des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit Tucker Carlson, in dem der Kreml signalisierte, dass Russland Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine nicht abgelehnt hat und nicht ablehnt. Stoltenberg sprach zweifelsohne für das Pentagon.

Moskau, das in diesem Krieg eine unangreifbare Position erreicht hat, ist nicht an einem ausgewachsenen Krieg interessiert, um seine Ziele zu erreichen, da der Westen schließlich mit Russland koexistieren muss. Putins Interview mit Carlson war zeitlich gut gewählt – es bleiben kaum noch zwei Wochen, bis der Krieg in sein drittes Jahr geht.

Putins "Botschaft", dass Russland für einen Dialog offen ist, hat Washington überrascht. Zum einen wird die Bandbreite der Biden-Administration von der Israel-Palästina-Krise beherrscht. Zum anderen wird der zweite Jahrestag des Krieges durch einen [bedeutenden Sieg der russischen Streitkräfte auf dem Schlachtfeld](#) in der strategisch wichtigen östlichen Stadt Awdijiwka markiert, die ein Tor zur Stadt Donezk ist und seit 2014, als der Konflikt im Donbass begann, praktisch an der Frontlinie liegt.

Alle Versuche der russischen Truppen, den großen ukrainischen Stützpunkt in Awdijiwka, der die Stadt Donezk bedroht, zu zerstören, sind bisher gescheitert. Awdijiwka ist der Schlüssel zu Russlands Ziel, die vollständige Kontrolle über die beiden östlichen Donbass-Provinzen – Donezk und Luhansk – zu

erlangen. Die Einnahme von Awdijiwka stärkt nicht nur die russische Moral, sondern festigt auch Donezk als wichtigen russischen Logistikknotenpunkt für weitere Operationen in Richtung Westen zum Fluss Dnjepr hin.

In politischer Hinsicht ist zu unterstreichen, dass die russischen Streitkräfte derzeit auf der gesamten, fast 1.000 km langen Frontlinie auf dem Vormarsch sind. Das ukrainische Militär musste in Awdijiwka eine Niederlage hinnehmen.

Bidens Wiederwahl wird holprig werden, wenn weiterhin so erschütternde Nachrichten aus der Ukraine auftauchen, die die Schwere seines außenpolitischen Desasters unterstreichen, während die NATO nach Afghanistan eine weitere demütigende Niederlage hinnehmen muss. Donald Trump fordert Biden in der Russland-Ukraine-Frage und in Bezug auf die NATO unerbittlich heraus. Entgegen früheren Prognosen hat sich die US-Wahl zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren im Ukraine-Konflikt entwickelt.

Der Weg im US-Kongress in Richtung eines militärischen Hilfspakets für die Ukraine ist ungewiss. Das Haupthindernis war auf der ganzen Linie das Repräsentantenhaus, in dem die Republikaner die Mehrheit haben. Abgesehen davon, dass der republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses es nicht eilig hat, den vom Senat verabschiedeten Gesetzentwurf einzubringen, ist der Kongress auch dabei, sich wieder auf die Haushaltspolitik zu konzentrieren, so dass der Gesetzentwurf zur Auslandshilfe auf der Prioritätenliste der Legislativagenda ganz nach unten fallen könnte.

In der Zwischenzeit deutet die Anhörung vor dem Obersten Gerichtshof zu Trumps Kandidatur darauf hin, dass das Gerücht, er könne von der Präsidentschaftskandidatur ausgeschlossen werden, nur Wunschdenken ist. Das heißt, wenn Trump seinen Vorsprung bei den Vorwahlen in South Carolina am 24. Februar beibehält, ist das Rennen bei den Republikanern so gut wie gelaufen und er wird der präsumtive Kandidat der Partei sein. In den Umfragen hat Trump auch seinen Vorsprung vor Joe Biden vergrößert.

Die Finanzströme in die Ukraine ebben bereits ab, und unter den Befürwortern der Ukraine in Europa macht sich Trübsinn breit, nachdem sie endlich festgestellt haben, dass Kiew den Krieg nicht gewinnt. Der Stellvertreterkrieg des Westens ohne ein klar definiertes Kriegziel bedeutet, dass es auch keine Ausstiegsstrategie gibt.

Ein Sieg Trumps würde die europäischen Partner in arge Bedrängnis bringen. Die Schließung der Finanzierungslücke durch Europa wird höchst problematisch sein. Die USA haben bisher 71,4 Milliarden Euro zugesagt, mehr als die Hälfte davon in Form von Militärhilfe. An zweiter Stelle steht Deutschland mit 21 Milliarden Euro, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 13,3 Milliarden Euro. An vierter Stelle steht Norwegen. Das Paradoxe daran ist, dass die drei größten europäischen Geber alle NATO-Mitglieder sind, während nur Deutschland Mitglied der Europäischen Union ist.

Und Deutschland ist nicht groß genug, um die von den USA hinterlassene Lücke allein zu füllen. Das größte Hindernis für eine gemeinsame europäische Antwort ist jedoch die fehlende gemeinsame Basis zwischen Frankreich und Deutschland. Die besondere deutsch-französische Beziehung ist weitgehend zu einem historischen Artefakt geworden. Die beiden EU-Giganten verfolgen unvereinbare wirtschaftliche Strategien – in der Steuerpolitik und bei der Kernenergie – und ihre Volkswirtschaften entwickeln sich auseinander, ebenso wie ihre Politik und ihre Verteidigungsstrategien.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat die deutsche Verteidigungszusammenarbeit neu ausgerichtet, weg von Frankreich und hin zu den USA. Der Machtkampf zwischen den beiden größten Mächten der EU, der seinen Ursprung in der mangelnden Chemie zwischen dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und Scholz hatte, hat sich zu einem Antagonismus entwickelt, der sich in zwei unterschiedlichen Visionen von der Welt manifestiert.

Macrons Konzept der "strategischen Autonomie", das Europa dazu auffordert, sich in wichtigen Bereichen, die ihm politischen Einfluss verschaffen könnten, nicht auf externe Mächte zu verlassen, reibt sich an Deutschlands historischer Abhängigkeit vom amerikanischen Militärschirm (den Frankreich nicht benötigt).

Nach einem [Treffen mit Biden im Weißen Haus](#) in Washington am 9. Februar sagte Scholz: "Reden wir nicht um den heißen Brei herum: Die Unterstützung der Vereinigten Staaten ist unverzichtbar, wenn die Ukraine in der Lage sein soll, sich selbst zu verteidigen." Scholz sprach sich nachdrücklich für eine Aufstockung der militärischen Hilfe für die Ukraine aus und betonte, es sei unbedingt notwendig, ein "sehr klares Signal" an Putin zu senden.

"Wir müssen zeigen, dass er (Putin) nicht damit rechnen kann, dass unsere Unterstützung nachlässt", sagte er. Scholz fügte hinzu: "Die Unterstützung, die wir leisten, wird groß genug sein und lange genug andauern." Mit der Aufheizung der Kriegsstimmung versucht Deutschland, die Relevanz und finanzielle Stabilität der NATO durch den Konflikt in der Ukraine aufrechtzuerhalten.

[Biden reagierte](#) auf Scholz wie eine Katze, die vor Freude schnurrt. Als nächstes wird Biden am 12. März den polnischen Präsidenten Andrzej Duda und Premierminister Donald Tusk zu einem Treffen in Washington empfangen. Die USA verstärken ihre Koalition mit Deutschland und Polen für die nächste Phase des Ukraine-Krieges. Frankreich steht draußen und schaut zu, während Großbritannien im Koma liegt.

Einfach ausgedrückt: Während der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskij sich der Illusion hingibt, diesen Krieg gewinnen zu können, glaubt die NATO, dass sie alles tun wird, was nötig ist. Aber das Geld des Leichenbestatters geht zur Neige, und weitere Geschäfte hängen von der Verlängerung des Krieges ab.

Der Schleier des westlichen Narrativs hat sich gelüftet – in diesem Krieg ging es nie um die Ukraine. Das Feindbild Russland ist zum Eckpfeiler der Existenz und Funktion der NATO geworden.

Sicherlich ist es nicht im Interesse Deutschlands, von einem Bestatter Befehle entgegenzunehmen. Der bekannte deutsche Redakteur [Wolfgang Münchau schrieb kürzlich](#) über "eine allgemeine Orientierungslosigkeit in Deutschland, die den geopolitischen und sozialen Wandel begleitet", die sich in der schwächernden Wirtschaft, der stattfindenden Deindustrialisierung und dem Fehlen einer postindustriellen Strategie für das Land als solches äußert.

Die europäischen Interessen liegen eindeutig darin, die eigene Verteidigung zu schultern und Frieden mit Russland zu schließen, um sich auf die Wirtschaft zu konzentrieren. Die Deutschen selbst stehen diesem Krieg zwiespältig gegenüber. Scholz sei kein Mann mit Charisma oder großen Ideen, stellte Münchau fest, und die deutsche Öffentlichkeit vertraue ihm nicht mehr. Aber es gibt auch "das tiefere Problem: Es ist nicht wirklich Scholz. Es ist, dass Deutschland viel schwieriger zu regieren geworden ist."

Germany swims or sinks with NATO

By M. K. Bhadrakumar

February 17, 2024

<https://www.indianpunchline.com/germany-swims-or-sinks-with-nato/>

There couldn't be a better metaphor than what a Chinese analyst used to characterise the NATO while commenting on its secretary general Jens Stoltenberg's recent remark that the West does not seek war with Russia but should still "prepare ourselves for a confrontation that could last decades."

The Chinese commentator compared Stoltenberg to an in-charge of a firm of undertakers, "a store owner of coffin and casket, which makes no money in peacetime. As an undertaker, NATO needs conflict, bloodshed for earnings. So it spreads fear and panic in order to ensure its member countries continue to contribute military funding."

Stoltenberg's remark appeared in an interview with German newspaper Welt Am Sonntag on Feb. 10, soon after Russian President Vladimir Putin's famous interview with Tucker Carlson where the Kremlin signalled that Russia did not refuse and is not refusing negotiations to end the war in Ukraine. Stoltenberg spoke for the Pentagon, no doubt.

Moscow, having reached an unassailable position in the war, is not interested in a full-scale war to realise its objectives, as eventually, the West will have to co-exist with Russia. Putin's interview with Carlson was timed carefully — with hardly a fortnight left for the war to enter its third year.

Putin's "message" that Russia is open to dialogue caught Washington off guard. For one thing, the bandwidth of the Biden Administration is dominated by the Israel-Palestine crisis. On the other hand, the two-year anniversary of the war is marked by a signal battlefield victory by Russian forces in the strategic eastern town of Avdiivka, a gateway to Donetsk city, and effectively on the front line ever since 2014 when the conflict in Donbass started.

All attempts by Russian troops to liquidate the big Ukrainian base in Avdiivka threatening Donetsk city had failed so far. Avdiivka is key to Russia's aim of securing full control of the two eastern Donbass

provinces — Donetsk and Luhansk. Its capture not only boosts the Russian morale but also consolidates Donetsk as a major Russian logistics hub for further westerly operations in the direction of the Dniepr river.

In political terms, it underscores that all along the almost 1000-km frontline, Russian forces are presently advancing. The Ukrainian military suffered a rout in Avdiivka.

Biden's re-election bid will be bumpy if such distressing news keeps appearing from Ukraine highlighting the gravity of his foreign policy disaster, as NATO stares at another humiliating defeat after Afghanistan. Donald Trump is relentlessly challenging Biden on the issue of Russia-Ukraine and on NATO. Contrary to earlier prognosis, the US election has turned into one of the most influencing factors in the Ukraine conflict.

The path in the US Congress towards a military aid package for Ukraine is uncertain. The main obstacle was all along the House of Representatives, where Republicans have a majority. Apart from the Republican Speaker of the House being not in any hurry to table the bill passed by the Senate, the Congress is also about to shift back towards domestic fiscal policies, so that the foreign aid bill might simply fall down the list of priorities in the legislative agenda.

Meanwhile, the hearing in the Supreme Court on Trump's candidacy signals that the talk that he might be debarred from running for the presidency is only wishful thinking. That means, if Trump maintains his lead in the South Carolina primaries on 24th February, the Republican race will be essentially over and he will be the party's presumptive candidate. Trump has also widened his lead over Joe Biden in the polls.

The flow of finance to Ukraine is already ebbing and there is a pall of gloom among Ukraine's cheerleaders in Europe after having discovered finally that Kiev is not winning the war. The West's proxy war without a clearly set war goal means that there is no exit strategy, either.

A Trump victory would badly expose the European partners. Plugging the funding gap by Europe is going to be highly problematic. The US has so far committed €71.4 billion, more than half of it in the form of military aid. Number two is Germany with €21 billion, followed by the UK with €13.3 billion. Norway comes fourth. The paradox is, while the three largest European donors are all NATO members, it is only Germany who is a member of the European Union.

And Germany is not big enough to fill the gap left by the US on its own. But the biggest obstacle to a common European response is the lack of common ground between France and Germany. The special Franco-German relationship has largely become a historical artefact. The two EU giants are pursuing incompatible economic strategies — on fiscal policy and nuclear energy — and their economies are diverging, and so is their politics and defence strategies.

Chancellor Olaf Scholz has reoriented German defence co-operation away from France and towards the US. The power struggle between the EU's two biggest powers that had its origins in the lack of chemistry between French president Emmanuel Macron and Scholz has turned into an antagonism manifesting as two different visions of the world.

Macron's concept of "strategic autonomy", which calls for Europe not to rely on outside powers in vital areas that could give them political leverage, is rubbing against Germany's historical reliance on American military umbrella (which France does not require.)

After a meeting with Biden at the White House in Washington on February 9, Scholz said, "Let's not beat about the bush: support from the United States is indispensable if Ukraine is to be capable of defending itself." Scholz strongly advocated stepping up military aid to Ukraine, emphasising an imperative need to send out a "very clear signal" to Putin.

As he put it, "We need to show that he (Putin) can't count on our support waning." Scholz added: "The support we provide will be on a big enough scale and it will last long enough." By hyping up the war-like atmosphere, Germany seeks to maintain the relevance and financial stability of NATO through the conflict in Ukraine.

Biden responded to Scholz purring like a cat showing pleasure. Biden will next host Poland's President Andrzej Duda and Prime Minister Donald Tusk for a meeting in Washington on March 12. The US is re-energising its coalition with Germany and Poland for the next phase of Ukraine war. France stands outside looking in, while Britain lies in coma.

Simply put, while Ukrainian president Volodymyr Zelensky's delusion is that he can win this war, NATO's delusion is that it will do whatever it takes. But the undertaker's money is running out and further business depends on prolonging the war.

The veil has come off the western narrative — this war was never about Ukraine. The enemy image of Russia has become the cornerstone of NATO's very existence and function.

Certainly, taking orders from an undertaker is not in Germany's interests. The noted German editor Wolfgang Münchau wrote recently about “a general disorientation in Germany that accompanies the geopolitical and social change” manifesting in the faltering economy, the de-industrialisation that is happening and the absence of a post-industrial strategy for the country as such.

Clearly, European interests lie in shouldering own defence and making peace with Russia so as to focus attention on the economy. Germans themselves are conflicted over this war. Scholz is not a man of charisma or of big ideas, Münchau noted, and German public no longer trusts him. But then, there is also “the deeper problem: it is not really Scholz. It is that Germany has become a lot harder to run.”